

# MAKROSKOP

Magazin für  
Wirtschaftspolitik  
Herausgegeben von  
Heiner Flassbeck  
und Paul Steinhardt

Herbst/Winter 2019. € 12,-  
makroskop.eu

## Der Lohn der Arbeit und der Klimawandel

Von Heiner Flassbeck

## Populismus und die parteipoliti- sche Geographie Europas

Von Philip Manow

## BREXIT - Die Rückkehr der nationalen Frage

Von Paul Steinhardt

## Der Markt - Wie ein schießwütiger Bad Guy

Von Werner Vontobel

## Der Staat Seine Macht und Ohnmacht



# Alle reden vom Klima. Wer spricht vom Geld?

Die Alten behaupten die Sorgen der Jungen um die Zukunft endlich begriffen zu haben. Werden Sie tun, was ansteht – nämlich klotzen anstatt zu kleckern? Oder wird als Verantwortung getarnter Kleinmut alles verhindern?

Die Freiburger Diskurse werden sich 2020 in mehreren Veranstaltungen mit Vorschlägen auseinandersetzen, die nicht nur dem Wald, den Vögeln und den Bienen, sondern auch den Menschen in allen Welten guttun.

Bleiben Sie informiert und lassen Sie sich auf unseren Verteiler setzen!

● **Editorial**  
Seite 4

● **Mächtige\_Gedanken**  
Seite 6

● **Kolumne**

**Der Lohn der Arbeit und  
der Klimawandel**

Es gibt Zusammenhänge auf dieser Welt, die sich dem Beobachter erst beim zweiten Hinsehen erschließen. Doch so genaues Hinsehen ist in der modernen Welt nicht mehr gefragt.

Von **Heiner Flassbeck**  
Seite 8

● **Kapital und Arbeit**

**Der Sozialstaat ist wirtschaftliche  
Vernunft**

Begriffe wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität galten in der öffentlichen Meinung bis vor einigen Jahren als sozialromantische Postulate. Heute stehen sie wieder im Fokus publizistischer Auseinandersetzungen.

Von **Hartmut Reiners**  
Seite 10

● **Hintergrundanalyse**

**Das Innenleben der Zentralbanken**

Details geldpolitischer Maßnahmen zu verstehen, ist „Experten“-Sache. Selbst Volkswirte kommen bei Begriffen wie Reserven, Kreditfazilität oder Clearingstelle ins Schwitzen.

Von **Michael Paetz**  
Seite 14

● **Cover**

© Burmakin Andrey/123RF.com

● **Finanzsystem**

**Fiskalpolitik und schwarze Null**

Der Sinn der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt wird von Medien, Politik und Wirtschaft zunehmend in Zweifel gezogen. Doch die Rolle der Fiskalpolitik bleibt unverstanden.

Von **Günther Grunert**  
Seite 20

● **Europäische Union**

**Populismus und die parteipolitische  
Geographie Europas**

Was haben eigentlich Wohlfahrtsstaat und Globalisierung mit dem Populismus zu tun? Eine geographische Einordnung.

Von **Philip Manow**  
Seite 28

● **Interview**

**Der Ausverkauf des Staates**

Seit über 10 Jahren beschäftigt sich der Soziologe Tim Engartner mit dem Ausverkauf des Staates. Wir wollen wissen, ob dieser seitdem überhaupt noch handlungsfähig ist.

Seite 34

● **Thema: Der Staat zwischen Macht  
und Ohnmacht**

**Weil der Mensch nicht rational ist,  
braucht er den Staat**

Das Menschenbild vom rationalen Entscheider wird der Realität kaum gerecht, behauptet die Institutionenökonomie. Doch was erklärt sie eigentlich?

Von **Dorian Hannig**  
Seite 38

**Der Staat als Person**

Staaten werden nicht geboren. Sie sind keine natürlichen Personen. Aber sie werden gegründet und mit gewissen Rechten ausgestattet. Sie können juristische Personen sein. Doch wie sinnvoll ist es, so etwas anzunehmen?

Von **Ludger-Janssen**  
Seite 42



### Ohne Staat kein Markt

Klassische liberale Ökonomen sind bekannt dafür, den Staat aus allen wirtschaftlichen Angelegenheiten rauszulassen zu wollen. Neoliberale wissen hingegen, dass es ohne den Staat keinen Markt geben kann.

Von Patrick Kaczmarczyk

Seite 46

### Öffentliche Güter als Gradmesser der Demokratie

Ob Verkehrswende, Hochschulfinanzierung oder Gesundheitssystem: Oft wird über öffentliche Güter gesprochen, ohne sich ihrer zugrundeliegenden Theorie bewusst zu sein.

Von Alexander Leipold

Seite 50

### BREXIT – Die Rückkehr der nationalen Frage

Schon Rosa Luxemburg sah eine progressive historische Tendenz zum Großstaat. Kämpfe um nationale Selbstbestimmung verurteilte sie daher als reaktionär. Mit ganz ähnlichen Argumenten wird heute dem Brexit begegnet.

Von Paul Steinhardt

Seite 56

### Warum sich die Wirtschaft (nicht) mit dem Zins steuern lässt

Zentralbanken kontrollieren „den Zins“, indem sie ihn erhöhen oder senken. Doch die Effektivität der Geldpolitik wird stark überschätzt.

Von Dirk Ehnts und Daniel von Ahlen

Seite 64

### Was kann die Geldpolitik?

Zur Stellung der Zentralbank heißt es gemeinhin, sie solle „unabhängig“ sein, also eine Art „Vierte Gewalt“ im Staat bilden. Doch leider ist Unabhängigkeit weder Garant für Kompetenz noch für politische Neutralität.

Von Jörg Bibow

Seite 72

### ● Schwellenländerreport

#### Metamorphosen des Staatskapitalismus

Über den zentralen Stellenwert einer aktiven Rolle des Staates für die wirtschaftliche Entwicklung gibt es unter Schwellenländern kaum einen Dissens.

Von Andreas Nölke

Seite 78

### ● Demokratie und Staat

#### Die Legitimität des Rechts

Auf welche Weise können Recht und Moral in modernen Staaten in Konflikt geraten? Und wie können sie, wenn nicht überwunden, so doch gemildert werden?

Von Walter Pfannkuche

Seite 82

### ● Kolumne

#### Wie ein schießwütiger Bad Guy

Am Anfang war die Gemeinschaft. Dann kam der Staat und mit ihm der Markt. Der hat seine besten Zeiten hinter sich und kämpft gegen den eigenen Bedeutungsverlust.

Von Werner Vontobel

Seite 90

### ● Genial daneben

#### Löhne und Arbeitsmarkt – Wo die Marktwirtschaft triumphiert

„Die Gewerkschaften haben es endlich verstanden“. Der international renommierte Ökonom Prof. Dr. Gabriel Sinnfeld erklärt uns, warum der funktionierende Arbeitsmarkt die Krönung der neoklassischen Ökonomik ist.

Seite 94

# Wieviele Menschen steckt im Homo oeconomicus?

Als mittelständischer Unternehmer sollte ich FDP wählen, auf die Maximierung meines Profits bedacht sein und möglichst wenig Steuern zahlen, wenn ich der Meinung bin, dass jeder Mensch in erster Linie ein „Homo oeconomicus“ ist. Wie das funktionieren soll, kann ich jeden Tag in jeder beliebigen Zeitung lesen.

Wenn ich mich jedoch dafür interessiere, wie wirtschaftliches Handeln der Mehrheit der Menschen zugute kommt und dabei den Menschen dient und nicht umgekehrt, und wenn ich verstehen will, mit welchen ökonomischen

und politischen Konzepten ein solches Ziel erreicht werden kann, dann muss ich die meisten Zeitungen frustriert oder verwirrt zur Seite legen.

Ich unterstütze Makroskop, weil ich glaube, dass Wirtschaft den Menschen zu dienen hat und weil ich den offenen, kontroversen Diskurs schätze, mit dem das Autorenteam von Makroskop volkswirtschaftliche Zusammenhänge diskutiert, die der Empirie standhalten. Makroskop lesen ist für mich echte ökonomische Bildung, auf die ich nicht verzichten möchte.

  
Andreas Gehlen

Gründer und Geschäftsführer  
der Croozer GmbH

**CROOZER**<sup>®</sup>  
Der Fahrradanhänger





## Verehrte Leserinnen und Leser,

der irische Staatsphilosoph Edmund Burke sagte einst: „Ein Staat, der nicht die Mittel hat, die Zustände zu ändern, hat nicht die Mittel, sie zu erhalten.“ Ein Zitat, das knapper nicht das Thema dieser Ausgabe auf den Punkt bringen könnte. Heute, über 200 Jahre nach Burke, ist es angesichts des zeitgenössischen Abgesangs auf den Staat aktueller denn je. Es ist die Frage nach seiner Macht und Ohnmacht.

Anders gefragt, welche Mittel bleiben ihm noch, angesichts einer Transnationalisierung von Handel und Wirtschaft? Was darf er noch, bei einer fortschreitenden Kompetenzverlagerung staatlicher Souveränität auf supranationale Institutionen wie die Europäische Union?

Vielleicht sollte man aber zuallererst ganz grundsätzlich klären, was der Staat können sollte. Das ist die Gretchenfrage des Politischen. Liberale wollen seine Macht möglichst einhegen und zurückdrängen, andere wiederum glauben seit der Aufklärung an den Staat als essenziellem Träger der Volkssouveränität und damit der Demokratie. Der zentrale Konflikt verläuft also entlang der Frage, wie weit der Staat in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen darf, um – im Sinne von Burke – die Zustände zu ändern.

Dem stellen sich unsere Autoren aus verschiedenen und spannenden Perspektiven. Welche Aufgaben und Herausforderungen sind durch den Staat zu lösen? Wo sollte er handeln, wo aber sind seinem Handeln auch Grenzen gesetzt? Und welche Mittel sollte man ihm dafür (wieder) in die Hand geben?

Denn dass der Staat handelt, als Rechtssubjekt, wie Ludger Janssen betont, Verträge schließt, Gesetze erlässt, über Eigentum verfügt, das er erwerben oder veräußern kann, Krieg führt und Straßen baut, ist eigentlich trivial, wird aber (bis auf den Krieg) in den postnationalen Diskursen des 21. Jahrhunderts kaum mehr zur Kenntnis genommen.

Will man also über den Staat reden, muss man verstehen, was er ist, wie er funktioniert und warum er überhaupt die Bildfläche des menschlichen Zusammenlebens betreten hat. Schon weil der Mensch nicht rational ist, schreibt Dorian Hannig, braucht er den Staat.

Bereits hier wird deutlich, welche fundamentale Bedeutung der Staat für das gesellschaftliche Zusammenleben hat. Ob Verkehrswende, Hochschulfinanzierung oder Gesundheitssystem: Welche Rolle öffentliche Güter für die Qualität des demokratischen Staates einnehmen, ist heute nur noch wenigen bewusst, bemängelt Alexander Leipold. Doch nicht nur hier. Ohne Staat gibt es auch keinen Markt, weiß Patrick Kaczmarczyk, besser als viele liberale Ökonomen.

Welche Instrumente hat der Staat real und theoretisch, um den Markt zu kontrollieren und die Wirtschaft zu steuern? Die Zentralbank, die nach liberaler Auffassung „unabhängig“ sein, eine Art „Vierte Gewalt“ im Staat bilden, also nicht Instrument, sondern Kontrollinstanz staatlichen Handels sein soll?

Diese Unabhängigkeit sei weder Garant für Kompetenz noch für politische Neutralität, so Jörg Bibow. Ohnehin werde die Effektivität ihrer Geldpolitik stark überschätzt, argumentieren Dirk Ehnts und Daniel von Ahlen. Und schon gar nicht zeigt sie Wirkung ohne ein mindestens genauso wichtiges Instrument des Staates: die Fiskalpolitik.

Doch auch letztere wird durch den EU-Fiskalpakt oder die ins deutsche Grundgesetz verankerte „schwarze Null“ im Bundeshaushalt eingeschränkt. Auch hier steht die Einhegung des Staates im Vordergrund. Zwar ist die „schwarze Null“ durch Medien, Politik und Wirtschaft zunehmender Kritik ausgesetzt. Günther Grunert bezweifelt jedoch ein damit verbundenes generelles Umdenken hinsichtlich der Bedeutung der Fiskalpolitik insgesamt.

Hier wären wir wieder bei der Eingangsfrage angekommen: Inwieweit darf und kann sich der Staat solcher Mittel noch bedienen? Die Antwort tangiert ganz wesentlich die nationale Souveränität. In der EU sind die Mitgliedstaaten ihrer Geld- und Fiskalpolitik beraubt worden. Ein Souveränitätsverlust, der auch in vielen anderen Bereichen zu beobachten und für Paul Steinhardt ein Grund ist, warum mit dem BREXIT die nationale Frage zurückgekehrt ist.

Damit und noch mit viel mehr werden Sie sich, liebe Leserinnen und Leser, in dieser dritten MAKROSKOP-Printausgabe – hoffentlich mit Gewinn und Vergnügen – auseinandersetzen dürfen.

© Sezer Özge/123RF.com





DEM DEUTSCHEN VOLKE

“

**Der Staat ist ein Volk,  
das sich selbst beherrscht.**  
Immanuel Kant

“

**Das Prinzip staatlichen Lebens  
liegt in der Souveränität.**  
Jean-Jacques Rousseau

“

**Ein Staat, der nicht die Mittel hat,  
die Zustände zu ändern,  
hat nicht die Mittel, sie zu erhalten.**  
Edmund Burke

“

**Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat,  
und den haben wir nur, wenn er seine  
Aufgaben ohne irgendwelche Abhängigkeiten  
erfüllen kann.**  
Horst Seehofer

“

**Der zentrale Feind des  
Neoliberalismus ist die  
Volkssouveränität.**  
Chantal Mouffe

“

**Ob die Erde zu retten ist, hängt vom Willen  
und der Kraft einzelner Personen ab.**  
Laura Cwiertnia und Petra Pinzler auf Zeit Online

“

**Der Staat wirkt auf die  
Gleichwertigkeit der Lebensver-  
hältnisse in Stadt und Land hin.**  
Neuer Artikel in der  
Hessischen Verfassung

“

**Unser Wohlfahrtsstaat gerät  
unter Druck, ebenso wie unser  
hohes Niveau an Gleichheit und  
unsere Lebensweise.**  
Mette Frederiksen

“

**Wohnungsnot und teure  
Mieten – soll der Staat  
es richten?**  
Deutschlandfunk, 6. 4. 2019

“

**Ich halte den Sozialstaat, wie wir ihn (...)  
kennen, für die größte Kulturleistung,  
die die Europäer im Lauf dieses  
schrecklichen 20. Jahrhunderts  
zustande gebracht haben.**  
Helmut Schmidt

“

**Die Herausgabe einer  
Währung gehört nicht in die  
Hände eines Privatunter-  
nehmens, denn sie ist ein  
Kernelement staatlicher  
Souveränität.**  
Olaf Scholz





## Wie ein schießwütiger Bad Guy

**Am Anfang war die Gemeinschaft. Dann kam der Staat und mit ihm der Markt. Der hat seine besten Zeiten hinter sich und kämpft gegen den eigenen Bedeutungsverlust.**

● Text: Werner Vontobel

Im Zweifelsfall wird der Markt es richten. Das ist zumindest in unseren Breitengraden noch immer die Überzeugung der politischen Mehrheit. Und wenn etwas nicht so läuft, wie es sollte, fragt sich diese Mehrheit immer zuerst, ob der Fehler nicht bei einem Mangel an Wettbewerb liegt. Diese Überzeu-

gung beruht auf den Erfahrungen der Vergangenheit. Es gab eine Zeit, in der der Markt tatsächlich viele unserer damals noch vorwiegend materiellen Probleme gelöst hat. Oder im Jargon der Ökonomen formuliert: Zeiten, in denen die Preise noch Knappheitssignale waren und echte Bedürfnisse signalisierten.

Dass der Markt heute keine brauchbaren Signale mehr sendet, ist in erster Linie eine Folge der ungleichen Einkommensverteilung. Wenn 30 bis 50 Prozent aller Markteinkommen an die reichsten 10 Prozent der Haushalte und nur 4 Prozent an die ärmsten 30 Prozent gehen, dann kann man nicht mehr davon reden, dass der Markt Knappheit signalisiert.

Die Bedürfnisse der ärmsten signalisiert er schon mal gar nicht. Und die Signale der Reichen deuten nur selten auf echte Bedürfnisse hin.

Es kommt aber noch schlimmer: Eine einseitige Einkommensverteilung bedeutet in einer Marktwirtschaft auch, dass sich bei den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung Vermögen ansammeln, die professionell verwaltet werden wollen. Diese Verwalter bilden dann den Kapitalmarkt, oder schlicht den MARKT – der wegen seiner Macht in Grossbuchstaben geschrieben sein will. Der MARKT ist inzwischen zum wichtigsten Taktgeber der modernen Marktwirtschaft geworden.

Wie solche Signale aussehen und was sie bewirken, konnte man etwa nach den Vorwahlen in Argentinien wieder einmal beobachten. Unter dem Titel „Börsen-Beben in Argentinien“ war im „Managermagazin“ zu lesen: «Der Merval-Index in Buenos Aires stürzte am Montag um rund 35 Prozent auf 28.609,96 Punkte ab. Die Kurseinbrüche der Börse erreichten bei einigen Titeln fast 50 Prozent. Gleichzeitig büßte der argentinische Peso gegenüber dem US-Dollar um 29 Prozent an Wert ein. Zum Teil blieben die Wechselstuben geschlossen.»

Angesichts dieser Umstände muss die Frage neu gestellt werden: Was können die Staaten gegen die Märkte überhaupt noch ausrichten? Und: Welche

Regierungen haben Staaten, deren Schicksal von den Märkten abhängt? Die Beispiele von Griechenland, Italien, Argentinien, Brasilien und viele andere mehr, geben

die Antwort. Die Freunde des Marktes schwafeln zwar von der disziplinieren Kraft der Finanzmärkte, so als brächte dieser eine Art von Schwarmintelligenz hervor. Aber die paar ausgewählten Signale, auf die der Schwarm in Mikrosekundschnelle reagieren muss, sind all sehr weit von der realen Wirtschaft entfernt. Letztlich richten die Märkte bloß kurzfristig ein Chaos an und mittelfristig sorgen sie dafür, dass die Einkommen noch einseitiger verteilt werden und der MARKT noch mächtiger wird.

Da hat sich die Menschheit also in eine Sackgasse manövriert, aus der ein Ausweg nicht leicht zu erkennen ist. Vielleicht hilft ein Blick zurück in die

Frühgeschichte unserer produktiven Bemühungen. Wir stützen uns dabei insbesondere auf Kate Pickett und Richard Wilkinson, die in ihrem Buch „The Inner Level“ die Erkenntnisse von Anthropologen, Evolutionsforschern und experimentellen Ökonomen zusammengefasst haben. Ihre Erzählung der Geschichte setzt bei dem technologischen Fortschritt ein, der es uns erlaubt hat, mit Keulen, Pfeil und Bogen Großwild zu jagen.

Das war der entscheidende Schritt zu unserer egalitären Sozialisierung. Erstens weil bei der Großwildjagd die Kraft und Geschicklichkeit eines einzelnen (dominierenden Männchens) keine entscheidende Rolle spielt. Zweites weil dabei eine Beute anfällt, die man angesichts ihrer Größe einfach teilen muss, und zwar am besten bei einem geselligen Fest am Lagerfeuer.

Im Bestreben den egalitären Charakter ihrer Gesellschaftsordnung zu festigen, haben die Jäger und Sammler Praktiken und Verhaltensweisen entwickelt, die es ihnen erlaubten, Machtwillige in die Schranken zu weisen und Trittbrettfahrer zu bestrafen. Zudem haben sie ein enges Netz von gegenseitigen Abhängigkeiten gestrickt. Dazu gehörte auch der Gabentausch. Man beschenkte andere nicht in der Hoffnung auf ein unmittelbares Gegengeschenk, sondern um die Beschenkten zu Verbündeten zu machen und sie zur Hilfe in allfälligen Notlagen zu verpflichten.

Mit der Erfindung des Ackerbaus und mit der Möglichkeit, Reserven anzulegen, traten dann erstmals in der Geschichte der modernen Menschen (die mit dem großen Gehirn) hierarchische Strukturen auf. Das ermöglichte auch die Bildung von Staaten. Doch weil die egalitäre (gleichmacherische) genetische Programmierung der ersten 250.000 Jahre erhalten blieb, fing mit dem Staat auch der lange Kampf gegen dessen Willkür an. Dieser brachte unter andern die Institutionen der Gewaltenteilung und der Demokratie hervor.

Der Staat und die Staatsbürokratie sind auch die Grundlage des Marktes, ohne Staat kein funktionierender Markt. Ihre bisher schönste Blüte erreichte die Symbiose von Staat und Markt in den 30 goldenen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus heutiger Sicht war das aber eigentlich keine Markt- sondern fast schon eine Plan-, zumindest Mischwirtschaft. Der damals führende Ökonom John Kenneth Galbraith prägte den Begriff vom „New Industrial State“. Einige Großunternehmen, der Staat und starke Gewerkschaften bildeten eine Art Planbüro. Diese Periode war geprägt von auf breiter Front steigenden Realeinkommen, von mehr Ferien, großen Investitionen in die Infrastruktur und vom Aufbau eines Sozialstaates.

Nur leicht überspitzt kann man sagen, dass in den nationalen Volkswirtschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte die egalitären Bedingungen der ersten 250.000 Jahre auf einer höheren Ebene wiederhergestellt wurden. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass der Markt (nur) in dieser kurzen Periode in etwa so funktioniert hat, wie es das Lehrbuch vorsieht – Vollbeschäftigung, geräumte Gütermärkte, mit der Produktivität steigende Stundenlöhne für

alle. Eigentlich logisch. Die klassische Ökonomie mit ihren „atomistischen“ Märkten ist eine durch und durch egalitäre Theorie. Keine Macht für niemanden. Der Markt macht alle gleich ohnmächtig.

Diese goldenen Zeiten sind heute vorbei. Warum? Aus der evolutionären Perspektive ist ein wichtiger Grund offensichtlich: Die Globalisierung hat die Nationalstaaten und mit ihnen auch die Gewerkschaften geschwächt. Es fehlte fortan das Gleichgewicht der Kräfte. Natürlich haben auch hier Veränderungen in der Produktionstechnologie eine Rolle gespielt. Zum Beispiel, weil sie die Großunternehmen des „New Industrial State“ geschwächt haben. Oder weil billigere Transporte die grenzüberschreitende Konkurrenz verschärft haben. Aber die Schwächung der Gewerkschaften, die Öffnung der Kapitalmärkte oder die Personenfreizügigkeit etc. waren politische Entscheide. Dass die Politik immer mehr Macht an den MARKT abgetreten hat, kann schwerlich den technologischen Veränderungen allein angelastet werden.

Eine andere Entwicklung, die das Ende der dreißig goldenen Jahre beschleunigt hat, ist der Umstand, dass seit 1970/80 die „soziale Logik des Allgemeinen mit ihren Praktiken gesellschaftlicher Rationalisierung und Versachlichung“ von einer „postindustriellen Ökonomie der Singularitäten“ abgelöst worden sei. Die Terminologie stammt vom deutschen Soziologen Andreas Reckwitz (beziehungsweise aus dessen Buch: „Die Gesellschaft der Singularitäten“). Reckwitz meint damit, dass sich jenseits der Sättigungsgrenze die Konsumenten weniger darum scheren, wie effizient die Güter und Dienstleistungen ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen. Stattdessen kaufen sie jetzt soziales Prestige – Gucci, Maserati oder wenigstens Nestlé, statt die Hausmarke von Aldi. Ein hoher Preis wird da zum Verkaufsargument.

Wenn das in diesem Ausmaß so ist, wird die Marktlogik des Lehrbuchs außer Kraft gesetzt. Monopolgewinne werden nicht mehr durch effizienter produzierende Mitbewerber wegkonkurrenziert. The Winner Takes it all. Das erklärt auch die starke Zunahme der Einkommen der oberen 1 bis 10 Prozent.

Doch Reckwitz übersieht einen wichtigen Punkt. Zwar nimmt die Bedeutung der Produkte des unmittelbaren Bedarfs in der „postindustriellen Ökonomie“ ab, doch auf dem Weg aufwärts in der Bedürfnispyramide kommen nach den vitalen physischen Gütern nicht zuerst die Prestigegüter. Viel wichtiger sind die die sozialen Bedürfnisse, die sehr stark durch unsere egalitäre Programmierung bestimmt sind.

In dieser Hinsicht ist der Markt eher hinderlich. Er tendiert dazu, die Gesellschaft als Konkurrenz von allen gegen alle zu organisieren – falls man ihn nicht in die Schranken weist. Zu den sozialen Bedürfnissen im weiteren Sinn gehören auch

Kollektivgüter wie Verkehrswege, Infrastruktur, Parkanlagen, Schwimmbäder, öffentliche Sicherheit und vor allem kollektiv finanzierte Güter wie Gesundheit, Bildung, Altersvorsorge etc.

Unter dem Strich gilt, dass der Markt in der Postmoderne stark an Bedeutung verliert. Das, was er

gut kann – Gebrauchsgüter effizient herstellen – wird nicht mehr dringend gebraucht. Zumindest beansprucht die Herstellung der Bedarfsgüter einen immer kleineren Teil unserer Arbeitszeit. Das ist in den Statistiken der Länder ablesbar, die ihren Bedarf an kollektiv finanzierten Gütern nicht – wie etwa Deutschland – mutwillig unterdrückt haben.

Hinter der Aversion gegen Kollektivgüter – und gegen den Staat – steckt der Versuch, die Arbeitslosigkeit im eigenen Land durch Exportüberschüsse zu bekämpfen. Zu diesem Zweck muss sich ein Land dem MARKT als möglichst kostengünstiger Industriestandort anbieten. Das erfordert neben Kürzungen der Staatsausgaben auch flexible Arbeitsmärkte, sprich unregelmäßige Arbeitszeiten, lange Arbeitswege, häufiger Wohnort- und Stellenwechsel, finanzielle Unsicherheit. Das ganze Leben wird zum Wettbewerb, der neuerdings schon im Kindergarten beginnt.

Das Problem dabei ist, dass all dies diametral der egalitären Programmierung durch die ersten 250.000 Jahre widerspricht. Das führt nicht nur zu Stress und psychischen Krankheiten (siehe dazu Pickett und Wilkinson), sondern schwächt auch die Produktivität der Gemeinschaften (Familien, Nachbarschaften etc.).

Im Kampf gegen den eigenen Bedeutungsverlust treibt der Markt auch den Staat in den Ruin und zerstört das soziale Kapital der Gemeinschaft. Es ist wie die Schlussszene eines schlechten Wildwestromans, in dem ein schießwütiger Bad Guy versucht, noch möglichst viele mit in den Tod zu reißen.

Werner Vontobel ist Schweizer, Volkswirt und Journalist. Seine wichtigsten Themen sind Fragen der wirtschaftlichen Ordnung und der Verteilung. Er ist der Doyen unter den nachfrageorientierten Wirtschaftsjournalisten der Schweiz.

**Dass die Politik immer mehr Macht an den MARKT abgetreten hat, kann schwerlich den technologischen Veränderungen allein angelastet werden.**

**Das ganze Leben wird zum Wettbewerb, der neuerdings schon im Kindergarten beginnt.**



**Dass der Markt heute keine brauchbaren Signale mehr sendet, ist in erster Linie eine Folge der ungleichen Einkommensverteilung.**

**Was können die Staaten gegen die Märkte überhaupt noch ausrichten?**

© 2019 Makroskop Mediengesellschaft mbH

Herausgeber:  
Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Paul Steinhardt  
Stollenweg 17, 65195 Wiesbaden  
Telefon: +49 (0) 611 / 8802 211 – 0  
E-Mail: administration@makroskop.eu  
Website: makroskop.eu

GTIN: 4260618570029

Gestaltung: Fuhrer, Wien,  
www.zehnbeispiele.com

Druck: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG  
Augsburger Str. 722, 70329 Stuttgart

Vertrieb: PressUp GmbH, Hamburg

©, wenn nicht anders angegeben,  
bei den Autoren und Fotografen.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Abdrucks oder der Reproduktion einer Abbildung, sind vorbehalten. Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ohne Zustimmung von Makroskop ist unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



Die Texte dieses Hefts wurden von der Georg-Friedrich-Knapp-Gesellschaft für Politische Ökonomie e.V. zur Verfügung gestellt.

# MAKROSKOP

## Abonnieren Sie die Stimme der wirtschaftspolitischen Vernunft

„Wir brauchen alternative Informationsquellen, wenn wir nicht wollen, dass der Mainstream unser Denken formt und verformt.“

Sahra Wagenknecht über Makroskop

### Abo-Preise\*:

	3 Monate	6 Monate (5% Rabatt)	12 Monate (8% Rabatt)
Sozial-Abo**	12,00 €	22,80 €	44,16 €
Normal-Abo	28,50 €	54,15 €	104,88 €
Abo+	34,50 €	65,55 €	126,96 €
Förder-Abo	–	–	Ab 300,00 €

### Abo-Vorteile:

	Zugriff auf alle Artikel & Archiv	Print-Themenhefte	Teilnahme am jährlichen Makroskop-Kongress
Sozial/Normal-Abo	inklusive	kostenpflichtig	kostenpflichtig
Abo+	inklusive	inklusive	30 % Rabatt
Förder-Abo	inklusive	inklusive	kostenlos

**makroskop.eu abonnieren +49 (0) 611/8802211-0 aboservice@makroskop.eu**

\*Preise beziehen sich auf Deutschland und inkl. 19 % MwSt.

\*\* Nachweis [Rentenausweis, Studentenausweis etc.] erforderlich

# agora<sup>42</sup>

## Das philosophische Wirtschaftsmagazin

»Der Wille zu einem demokratischen Miteinander kann von niemandem erzwungen werden – und doch ist er die Grundlage der Demokratie.«

Philippe Merz in *Demokratisch arbeiten?*

»Bürger sein heißt nicht, sich lieb zu haben und die gleichen Werte zu teilen. Sondern Bürger sein heißt vor allem, die gleichen Rechte zu haben.«

Ulrike Guérot in *Komm, wir bauen einen europäischen Staat ...*

»Die Demokratie wurde nicht ihrer Wirtschaftskonformität wegen erfunden.«

Anselm Vogler/ Erik Fritzsche in *Eine andere Politik ist möglich!*

»Was sich aktuell durchsetzt, ist eine post-politische Demokratie, die das Politische durch eine Verwaltung des Status quo ersetzt und alles Weitere vom Markt erhofft.«

Lars Distelhorst in *Die Zerbrechlichkeit der Demokratie*

»Ich würde mir wünschen, dass sich die Funktionseliten heute mehr als Avantgarde, nicht nur als Interessenvertreter verstehen.«

Frank Trümper in *Eliten – was zu tun wäre*

»Plötzlich erscheint die Demokratie nur noch lästig und „starke“ Führungsfiguren gewinnen an Attraktivität.«

Jörg Hähnlein im Interview



**Diese Ausgabe zum 10-jährigen Bestehen der agora42 fragt nach den Verstrickungen von Demokratie und Wirtschaft: Muss die Demokratie marktkonform bleiben? Oder ist eine demokratiekonforme Wirtschaft denkbar?**

Begleitend zu diesem Jubiläumsheft findet vom 11. Oktober - 24. November 2019 die Ausstellung DÄMONKRATIE in Kooperation mit dem EMMA – Kreativzentrum Pforzheim statt.

Wir würden uns freuen, Sie in Pforzheim begrüßen zu dürfen!

Mehr dazu lesen Sie in der aktuellen Ausgabe oder unter [agora42.de/daemonkratie](http://agora42.de/daemonkratie)



»» **WIR** pflanzen für jedes neue  
Mitglied einen **Baum.**««



**Gemeinsam mehr als eine Bank**

## 80.000 Bäume für unsere Region

- Die Sparda-Bank München verknüpft die Genossenschaftsidee mit aktivem Klimaschutz
- Für neue Mitglieder wurden seit 2015 bereits über 65.000 Bäume gepflanzt
- Ergänzt durch weitere Aktionen konnten rund 80.000 Bäume Wurzeln schlagen

**Nähere Infos unter: [www.sparda-m.de/baum](http://www.sparda-m.de/baum)**

**Arnulfstraße 15 · 80335 München**  
Weitere Geschäftsstellen in München (19x) und Oberbayern (26x)  
SpardaService-Telefon: 089 55142-400

**Sparda-Bank**

[www.sparda-m.de](http://www.sparda-m.de)